

## Starke Politik für Berlin!

### Brandt warnt Moskau vor Separat-Friedensvertrag mit Pankow

Berlin (Eigenbericht). Vor weit über 100 in- und ausländischen Pressevertretern hat der Regierende Bürgermeister Brandt über seine Weltreise berichtet und gleichzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die vier Mächte einen ersten Versuch machen, gemeinsam über die deutsche Frage und das Sicherheitsproblem zu sprechen. Falls die Sowjetunion mit der sogenannten „DDR“ einen separaten Friedensvertrag abschließe, so erschwere dies alle möglichen Verhandlungen. Man könne einen derartigen Separatfriedensvertrag „vielleicht“ als eine Demonstration ansehen, daß die Sowjets die Lösung der deutschen Frage nicht wollten, sondern die Aufrechterhaltung der Spaltung nach einer „Flurbereinigung“ anstreben.

„Sollte es wirklich zu einem derartigen Friedensvertrag kommen — was ich nicht hoffe —, so würden jene Gründe wegfallen, die die Alliierten 1949 bewegen haben, nur einer limitierten Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik zuzustimmen“, fuhr Brandt fort. Es sei die Auffassung der Westmächte, daß sich aus einer solchen Entwicklung zum Separatfriedensvertrag keine Schmälerung ihrer Rechte und Pflichten ergebe.

Brandt wandte sich in diesem Zusammenhang gegen eine „übertriebene Zaghaftigkeit“, die die deutsche Politik in Berlin geschwächt habe. In den Vorbehaltsbestimmungen der Alliierten von 1949 sei übrigens der Zusammentritt der Bundesversammlung in Berlin nicht erwähnt.

#### Aufschlußreiche Gespräche

Über seine politischen Reiseerlebnisse befragt, sagte Brandt, in den bündnisfreien Ländern würden die Vorstellungen über ein Disengagement in der öffentlichen Diskussion eine gewisse Rolle spielen. Auch in manchen amerikanischen Kreisen bestünde mehr als früher die Neigung, bestimmte militärische Positionen einer Überprüfung zu unterziehen. Es werde auch die Vorstellung — „das ist auch meine Vorstellung“ — erörtert, ob man eine stufenweise Ver-

änderung ohne Schwächung der westlichen Position ernsthaft anstreben solle.

Zu seinem Gespräch mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru erklärte Brandt, er habe den Eindruck gewonnen, daß sich Nehru nicht in Dinge hindrängen wolle, die der Verantwortung anderer unterliegen würden. Nehru sei sich aber bestimmter andererseits der Verantwortung bewußt, daß er gegebenenfalls seine „Dienste“ im

Interesse des Friedens nicht verweigern könne. Allgemein stellte der Regierende Bürgermeister zu seiner Weltreise fest, er glaube, daß es ihm gelungen sei, zusätzlich zu der amerikanischen Hilfe auch in anderen Teilen der Welt für Berlin moralische Unterstützung „erschlossen“ zu haben.

#### Sondersitzung des Senats

Vor der Pressekonferenz hatte Brandt dem Senat in einer Sondersitzung über seine Reise Bericht erstattet. Er wurde zu Beginn von Bürgermeister Amrehn dazu beglückwünscht, daß er „mit soviel Erfolg Verständnis für unsere Stadt habe wecken können“.

Mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer hatte Brandt in Berlin ein zweistündiges Gespräch, bei dem volle Übereinstimmung erzielt wurde.

## „Sowjets suchen Alibi“

### Staatssekretär Thedieck: Verhandlungen schon 1958

Berlin (Eigenmeldung). „Wir fürchten, nicht der Friede soll auf einer Gipfelkonferenz zur Debatte stehen, sondern die Legalisierung der sowjetischen Nachkriegsbemühungen um die Bolschewisierung Mitteldeutschlands und die Freilegung des weiteren Vormarschweges nach W. Deutschland“, sagte Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in einer Ansprache über den RIAS. Den Sowjets sei es nicht um eine dauerhafte Friedensregelung zu tun, sondern um eine einseitige Bestätigung der sowjetischen Kriegserfolge. Bereits im September 1958 sind in Moskau, wie Thedieck mitteilte, „eingehende Bespre-

chungen über den Abschluß eines Separatfriedensvertrages“ geführt worden. Allen Beteiligten, zu denen Sowjetzonen-Außenminister Bolz gehört habe, sei es klar gewesen, daß ein Separatfrieden bei der Bevölkerung Mitteldeutschlands und in ganz Deutschland höchst negative Reaktionen auslösen würde. Die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, habe darin bestanden, „einen unannehmbaren Friedensvertrag gesamtdeutsch zu etikettieren und so seine Ablehnung durch den Westen zu provozieren, um dadurch den Beteiligten ein Alibi zu verschaffen“. Dieser Linie sei die kommunistische Propaganda dann auch gefolgt,

## „Hier bin ich Mensch...“

K. W. B. Eine Szene aus Chruschtschows szenenreicher Fahrt durch den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zuvor: Man sieht und hört Ulbricht auf dem Leipziger Marktplatz die „Deutsche Demokratische Republik“ als jenes Deutschland preisen, in dem alle Freiheiten verwirklicht seien. Als der Dolmetscher dem danebenstehenden Chruschtschow Ulbrichts peinliche Bemühung um Goethes Wort: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein“ als der Weisheit letzten Schluß übersetzt, nickt der Chef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zustimmend. Bei den Tausenden, die in Leipzigs Nieselregen dies anhören mußten, ist im Fernsehschirm aber weder etwas zu sehen noch zu hören, was diese grausame Fehldeutung der deutschen Situation erklären könnte. Über den Sinn und Zweck der Chruschtschowreise nach Mitteldeutschland und über die sie beflügelnden allgemeinen politischen Ziele aber sagt die Szene viel aus.

Chruschtschows Auffassungen vom Leben der Menschen untereinander sind selbstverständlich geprägt vom Volke, aus dem er kommt, und vom Kommunismus, dem er seinen ganzen verschlagenen Ehrgeiz zuwendet. Die Liberalität, die ihm als dem Stalin-Entthroner und Stalin-Erben wohl anstand, bleibt immer eingebettet in die naive Selbstverständlichkeit, mit der er die Freiheit der Menschen am Befehl der Diktaturen enden läßt.

Nun aber ist denkbar, daß Chruschtschow auch die Einbeziehung der Deutschen in diese Welt der Unfreiheit als möglich und — im Falle der Zone — schon als weitgehend verwirklicht erscheint. Nach dem vierten Besuch Chruschtschows im östlichen Teil Deutschlands muß man sich ernsthaft fragen: ist er sich bewußt, daß er dort, wo er die größtenteils

slawisch bestimmten kommunistischen Staaten des sowjetischen Einflusses hinter sich läßt, mit Deutschen zusammenkommt und hier — trotz aller äußeren Gegenanzeigen — eine andere, innerlich für ihn nicht erreichbare Welt betritt? Er trat anders auf als jeder Diktator, der das Land seiner Unterwerfung ohne Rücksicht auf die Gefühle der Unterworfenen inspiziert. Er wünschte den Eindruck zu erwecken, als seien nicht die Vögte Moskaus, die Ulbricht und Grotewohl, die mit dem Kremel Verbundenen, sondern der große Teil der Deutschen, der zwangsläufig in diesem Teil Deutschlands zu leben hat. Chruschtschow sucht die Vorstellung zu schaffen, als sei nicht der Zwang und die Gewöhnung und nicht einmal das gewisse wirtschaftliche Aufholen der zurückgebliebenen Zone, sondern die Mentalität der Deutschen heute dem Geiste Moskaus, dem Geiste des „sozialistischen Lagers“, zugetan.

Mag Chruschtschow es denken, und mag er es wollen. Es entsteht die große Pflicht, ihn daran zu hindern, es zu glauben; denn die Politik der Drohungen, die er seit November mit immer zunehmender Vehemenz betreibt, basiert auf der Behauptung, die Deutschen wünschten die Regelungen und Veränderungen, zu deren Sprecher sich jetzt die Sowjetunion gemacht hat. „Beendigung des Besatzungsregimes in Berlin“ und endlich ein Friedensvertrag, 14 Jahre nach Kriegsende: Wie sollte man dies den Deutschen nicht endlich gönnen? Wie sollte man es ihnen weiter vorenthalten? Gegenüber solch plausiblen Verlangern verkleinert Chruschtschow den elementaren Vorgang der Wiedervereinigung zu einer technischen Frage, die im Nebenbei einmal irgendwann miterledigt werden könnte. Er hört gern, wenn sich im westlichen Lager viele Gruppen den Kopf zerbrechen, mit welcher Art von Disengagement, Auseinanderrücken der Blöcke, verdünnten Zonen und Plänen des Teilabzugs von Truppen und Stützpunkten man denjenigen geschäftswilliger machen kann, der fröhlich lärmend das Ganze fordert,

In Deutschland suchte der Kremel-Herr nicht den sozialistischen Gleichklang und schon gar nicht ideologische Übereinstimmungen. Chruschtschow liegt an den Deutschen — und eben nicht nur an den Deutschen der Zone. Er möchte die von Moskau bewirkte und aufrechterhaltene Teilung Deutschlands als geringfügig erscheinen lassen. Er möchte, daß sie aus dem Bewußtsein und aus den Wirklichkeiten der Deutschen verschwindet. Er legt es darauf an, als Anwalt der Deutschen zu erscheinen, der ihnen den „Frieden“ und damit in irgendeiner Form auch das Leben in einem Lande bringt.

Chruschtschows gefährliche Noten mochten noch als Faktoren für politische Auseinandersetzungen erscheinen, die am Verhandlungstisch Antwort und Gegenkonzeption zu bekommen haben. Die Reise durch Mitteldeutschland aber zeigt, daß sich mit dem politischen Machtanspruch auf ein kommunistisches Deutschland und auf ein solchem Friedensdiktat preisgegebenes neutralisiertes Berlin die ideologische Erwartung verbindet, der Kremel könne auf die Deutschen insgesamt hoffen.

Diese Erkenntnis macht die politische Operation, die die Bundesrepublik zusammen mit den Westmächten gegen die Chruschtschow-Ultimaten und Verhandlungsdiktate unternehmen muß, noch schwieriger. Sie verlangt ja, dem sowjetischen Verhandlungspartner zunächst grundsätzlich vorzuhalten, daß an den Anfang aller Entspannungsbemühungen das Verlangen gesetzt werden muß, die Freiheit der Menschen, über die bestimmt werden soll, wiederherzustellen. Eine solche Anfangskonzeption schließt automatisch die Diskussion von Disengagementsplänen mindestens für den Beginn aller Erörterungen aus; denn in Gegenden, in denen die Freiheit der Menschen nicht gewährleistet ist, müßte ja Disengagement praktisch Selbstmord und Auslieferung an die Einflußmacht bedeuten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2.

# Amerikas „Berlin-Front“ konsolidiert

In ruhiger Gelassenheit wird die Entwicklung beobachtet — Keine Außenseiter

St. Washington (Eigenbericht).

Amerika hat die kritische Nervenprobe der letzten Wochen vorzüglich bestanden. Volk wie Regierung haben die Zuspitzung der Berlin-Krise ohne Hysterie und ohne Angstzustände beobachtet und kühl und nüchtern die Folgerung gezogen, sich nicht durch Drohungen und Raketen-Rasseln einschüchtern zu lassen.

Als es so aussah, als ob Macmillans Mission in Moskau auf der ganzen Linie zum Scheitern verurteilt sei und man schließen mußte, daß Chruschtschow die größten und ungehobeltesten Formen gewählt habe, dies aller Welt klarzumachen, da fingen die Amerikaner an, über die Sowjets die Köpfe zu schütteln und sich zu fragen, ob wohl jemand, der bei Sinnen ist, wegen der Berlin-Frage vorzüglich einen Weltkrieg heraufbeschwören möchte. Aber ohne diese Frage beantworten zu können, überprüften sie den Stand ihrer Rüstungen und sagten sich gelassen, daß, wenn es sein müsse, Amerika bereit sein müsse ... Aber von Panik oder auch nur Nervosität war keine Spur zu sehen.

Und dann, als Chruschtschow nachgab und einer Außenministerkonferenz im Frühjahr zustimmte, weil er eben eingesehen hatte, daß sich die Gegenseite nicht einschüchtern und unter Druck setzen ließ, — da blieb Amerika erneut ruhig und gelassen. Es kam weder zu Freudentaumel auf der Straße noch zu chauvinistischen Exzessen: mit Zufriedenheit erkannten Regierung, Parlamentarier, Presse und Volk an, daß der britische Premierminister mit beharrlicher und intelligenter Taktik einen Erfolg erlangen hatte und daß wenigstens im Augenblick, mit Dulles auf dem Krankenlager, Macmillan die diplomatische Führung übernommen hatte.

## Vier notwendige Dinge

Viele Leute erinnern sich nun daran, daß der österreichische Vizekanzler Pittermann, der vor kurzem in Amerika auf einer Pressekonferenz um sein Rezept für Verhandlungen mit den

Sowjets gefragt worden war, geantwortet hatte: „Man braucht dazu vier Dinge: Geduld, Geduld, Geduld und ein klares Ziel.“ Die Ereignisse der letzten Wochen scheinen die Richtigkeit dieser Theorie bestätigt zu haben.

Gewiß gibt sich kein Mensch Illusionen hin. Man weiß (und die Zeitungen unterstreichen es deutlich genug), daß Chruschtschows Konzession nur das Verfahren betrifft, nicht aber die eigentliche Materie der Zukunft Westberlins. Außerdem hat Chruschtschows „Vorschlag“, durch Zuziehung von Polen und der Tschechoslowakei dem modernen sowjetischen Prinzip der „Parität“ zu huldigen, gezeigt, daß selbst rein verfahrensmäßig gewiß nicht alle Hindernisse aus dem Weg geräumt sind. Aber man hat begriffen, daß dennoch schon viel erreicht ist: die Berlin-Krise ist gewissermaßen vom Pokertisch weg in die normale Arena der Diplomatie zurückgebracht worden, und der Kriegsschatten hat sich entsprechend verflüchtigt.

## Nur eine Stimme

Von Eisenhowers Erklärung, in Berlin „keinen Zoll“ zurückweichen zu wollen, bis zu dem Ratschlag führender Sprecher der demokratischen Opposition, wenigstens demonstrativ eine Teil-Mobilmachung der Streitkräfte anzuordnen, um aller Welt klarzumachen, wie ernst man es nehme, gab es buchstäblich im ganzen großen Land, in dem nationale Einstimmigkeit ja wirklich ungewöhnlich ist, nur eine einzige Stimme. Bemerkenswerterweise hat auch der Vater der „Disengagement“-Idee, George Kennan, sich für eine Mobilmachung ausgesprochen, und

Senatoren wie Fulbright, Humphrey und Mansfield, die niemals die Deutschland-Politik Dulles' restlos akzeptiert hatten, sind die lautesten Verkünder der These, daß man sich niemals Drohungen beugen noch die Westberliner Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen dürfe.

## Macmillan in Paris

Paris (dpa). Die Berlin- und die Deutschlandfrage waren das Zentralthema der britisch-französischen Gespräche, die am Amtssitz des französischen Premierministers Debré stattfanden. Der britische Premierminister Macmillan, der zusammen mit Außenminister Lloyd in der französischen Hauptstadt eingetroffen war, berichtete dabei über seine politischen Gespräche in Moskau und wurde von Premierminister Debré über die deutsch-französischen Besprechungen des vergangenen Mittwochs informiert. Die französischen und britischen Politiker führten dann einen eingehenden Meinungsaustausch über das deutsche Problem im allgemeinen und Berlin im besonderen, wobei der von der Sowjetunion vorgeschlagene Friedensvertrag und das Problem der europäischen Sicherheit angeschnitten wurden. Macmillan ging dabei auch ausführlich auf die sowjetischen Pläne für ein Disengagement in Mitteleuropa ein. Wie weiter bekannt wurde, erörterten die beiden Regierungschefs ferner einen Disengagementplan, der in Anlehnung an den Edenplan des Jahres 1955 die Neutralisierung Deutschlands bei gleichzeitiger Wiedervereinigung vorsieht.

Wie ein britischer Sprecher im Anschluß an die Unterredung erklärte, verliefen die Besprechungen in einer „entspannten Atmosphäre“, vermied es jedoch zu versichern, daß keine Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien,

# „Schützengraben der freien Welt“

Italiens Verteidigungsminister Andreotti schildert seine Berlin-Eindrücke

Italiens Verteidigungsminister Giulio Andreotti weilte vor einigen Wochen in Berlin. Seine Eindrücke hat er jetzt in der italienischen Zeitschrift „Oggi“, die in einer Auflage von einer Million wöchentlich erscheint, geschildert. Die klaren politischen Schlußfolgerungen, die der prominente italienische Gast aus seinem Besuch gezogen hat, lassen es angebracht erscheinen, sie auch den Berlinern zu vermitteln.

## Rom (Eigenbericht)

Es ist noch nicht lange her, daß in unseren Kinos ein Film mit dem vielsagenden Titel „Deutschland Jahr Null“ lief. Der Zuschauer wurde, abgesehen von der künstlerischen Handlung, von den ungeheuren Ruinen gepackt, die den Hintergrund jener Szene bildeten; und leider handelte es sich dabei nicht um Filmkulissen, sondern um echte Aufnahmen der Lebensbedingungen, in denen der Krieg das deutsche Volk zurückgelassen hatte. Selbst wenn man mit der Gabe der Ausdauer und des Opfersinns rechnete, die man den Deutschen zugestehen muß, waren viele fest davon überzeugt, daß diesmal der Schlag zu schwer gewesen war und der Wiederaufbau unmöglich, oder zumindest nur sehr langsam vonstatten gehen könnte. Alle Voraussagen wurden von der Wirklichkeit Lügen gestraft. Deutschland ist heute die kräftigste europäische Macht, und seine Produktionsziffern haben früher nie erreichte Höhen erklommen. Das Jahr Null ist fern, und man spricht von ihm nur noch, wenn man eindrucksvolle Vergleiche ziehen will.

In diesem so positiven Bild ist das Problem der Stadt Berlin ein Sonderfall, dessen Schicksal die internationale öffentliche Meinung seit vori-

gem November wieder interessiert, nachdem Herr Chruschtschow die Absicht der Sowjetregierung bekanntgab, die Potsdamer Abkommen zu kündigen und nach sechs Monaten der sogenannten Regierung von Pankow die Verwaltung der Ostzone der Stadt zu übertragen.

Eingeklemmt in jenen Teil Deutschlands, der unter russischer Besatzung steht, ist die Stadt Berlin ihrerseits in einen West- und einen Ostsektor halbiert: der erste erstreckt sich über 481 Quadratkilometer und hat rund 2,3 Millionen Einwohner, während der „rote“ Teil 403 Quadratkilometer umfaßt und 1,2 Millionen Einwohner zählt. Wer dem ersten Eindruck nach eine derartige Sachlage beurteilt, wird verleitet sein, zu meinen, daß jedwede Lösung besser sei als diese unnatürliche Teilung der Stadt. Aber die Berliner — und mit ihnen das Gros der Deutschen — fühlen, daß bei allem Wunsch nach der Einheit Deutschlands und Berlins, zur Zeit auch die geringste Veränderung des labilen Gleichgewichts, welches der Krieg hinterlassen hat, die Zündung für eine neue Katastrophe sein könnte, und aus diesem Geist heraus verteidigen sie hartnäckig den Status quo. Das ist eine intelligente, weise und überlegte Haltung.

schen Drohungen würden reine Propaganda-Aktionen bleiben, solange der Zusammenhalt der Westmächte nicht nachläßt. Die lautlose und fast symbolische Anwesenheit eines kleinen Kontingents amerikanischer, französischer und englischer Truppen wird als ein Motiv der Sicherheit gegenüber Abenteurern gewertet.

Es heißt im allgemeinen, die wirksamste antikommunistische Propaganda sei ein einfacher Vergleich zwischen den Lebensbedingungen in den beiden Teilen der Stadt. Das ist kein Gemeinplatz. Gegenüber dem gigantischen und rationellen Wiederaufbau, der Westberlin charakterisiert, zeigt der sowjetische Teil das Bild ausgesprochener Trostlosigkeit, und ich könnte den allgemeinen Eindruck mit einer Reihe von Einzelfeststellungen bekräftigen, ich nehme aber davon Abstand, um zu vermeiden, Leuten Ärger zu bereiten (und in diesen Gegenden handelt es sich nicht um „elegante“ Ärger), die man wiederidentifizieren könnte. Ich will nur auf den tiefen Eindruck hinweisen, den man gewinnt, wenn man die Ärmlichkeit des Ostens mit der Großartigkeit der Bauten in der Westzone vergleicht.

## Ein Stück Zeitgeschichte

Die improvisierten Gärten, die in der Ostzone die Ruinen der bekannten Reichskanzlei Hitlers ersetzt haben, scheinen eine kondensierte Unterrichtsstunde zeitgenössischer Geschichte geben zu wollen: von einer Diktatur zur nächsten. Zum Ausgleich dafür hat die russische Botschaft bei der sogenannten Pankower Regierung ein prächtiges Gebäude — nobles oblige.

Der Wohlstand der Westberliner ist das Ergebnis der Arbeit der Berliner und der Hilfe der Bundesrepublik zugunsten der Hauptstadt: 1957 betrug die Finanzhilfe 800 Millionen Mark, das sind 120 Milliarden Lire. Wenn die Ziffern der Industrieproduktion auch noch nicht den Stand des übri-

## Feste Zuversicht der Berliner

Als ich vor wenigen Wochen nach Berlin fuhr, und zwar nach dem sowjetischen Vorstoß und während der redseligen Reise des Herrn Mikojan durch die Vereinigten Staaten, die besondere Sorge hätte erwecken können, erwartete ich, eine unruhige Stadt voller Sorgen vorzufinden. Ich fand dagegen normale Verhältnisse und

großes Zutrauen. Ganz eingefangen von der riesigen Leidenschaft des Wiederaufbaues, der den Westteil der Stadt tatsächlich hat wiedererstehen lassen, haben die Berliner keine Zeit, aus Furcht vor den Ereignissen auf der Stelle zu treten. Gelassen schauen sie auf die Unterstützung durch die freie Welt und meinen, die russi-

Fortsetzung auf Seite 7

# Selbst Händel dient dem Klassenkampf

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

**B. Berlin (Eigenbericht).**

Die SED zieht die Kreise ihrer politischen Propaganda immer enger um die unpolitischen Bewohner der Zone. Die sogenannte „politische Massenarbeit“ — eine Art Angriff auf das Bewußtsein der Menschen — kennt keine Rücksichtnahme auf den einzelnen. Jeder wird „erfaßt, bearbeitet, betrommelt und umgezogen“.

### DRESDEN

**Militarismus in der Semper-Oper.** Ein Flugzeug vom Typ „Jak 11“ und Funkgeräte waren auf einer Ausstellung der „Nationalen Volksarmee“ in Dresden zu sehen. Offiziersschüler zeigten, wie Haubitzen und Maschinenpistolen funktionieren. Die Sportmaschinen der GST donnerten über den Platz der Ausstellung. Die Ausstellungsbesucher bekamen einen „Schlag“ aus der Feldküche und konnten die Stuben in den Kasernen der „Volksarmee“ besichtigen, in denen sogar Fernsempfänger aufgestellt waren.

**Jungeisenbahnerkonferenz im Klubhaus „Thomas Müntzer“:** Die Jungeisenbahner des Amtsbezirks Dresden haben eine Summe von 152 000 DM für den „Friedenskampf“ zusammengetragen, mancher Eisenbahner ist mit mehr als 100,— DM beteiligt. Den Jungeisenbahnern wurde vorgeworfen, sie würden bisher nicht „sozialistisch“ leben. Der gemeinsame Kinobesuch würde nicht genügen, sondern die 10 Gebote der sozialistischen Moral müßten befolgt werden. Die Zone brauche Diesellokführer und Eisenbahner, die im 3. Fünfjahrplan die Elektrozüge steuern können.

**Kabarett im Café Prag:** Ein neues Programm meldet das Kabarett im Café Prag mit Tanzattraktionen, artistischen Leistungen und Trickvorführungen.

**Die staatlichen Gärtner arbeiten mit Zuschüssen.** Die GPGs der Stadt sind zur höchsten Wirtschaftlichkeit aufgerufen. Sie sollen 1959 ohne Zuschüsse arbeiten, und mindestens 75 Pro-

zent der in den Handel kommenden Waren sollen Güteklasse A sein, und weitere Einzelgärtner müssen für den Eintritt in eine Genossenschaft gewonnen werden.

### COTTBUS

**Beschluß der Stadtverordnetenversammlung:** „Jeder Aufbauhelfer erhält im Jahre 1959 für zehn geleistete Aufbaustunden ein Los sowie die Aufbanaadel der Nationalen Front. Die Objekte des Nationalen Aufbauwerts sind: Der Pionerpark, die Sport- und Kongreßhalle, das Erholungszentrum Knappensee. Außerdem gibt es laufende Einsätze der Bevölkerung in den Kohlengruben, im Wohnungsbau, bei Bewässerungsmaßnahmen, bei Instandsetzungen von Straßen und Grünanlagen.

**Altstoffe für das „Rumpelmännchen“:** Der Kreisplan stellt allen Bürgern und Betrieben die Aufgaben, bis zum Tag der Republik 1125 t Alttextilien, 113 t Knochen, 1400 t Altpapier, 1 796 000 Flaschen, 698 000 Gläser der Wirtschaft wieder zuzuführen. Werden die 1400 t Altpapier gesammelt, so können etwa 18 000 Bäume mittlerer Größe eingespart werden, die wiederum reichen, um 5370 Schlafzimmer herzustellen. Von 1125 t Alttextilien lassen sich beispielsweise etwa 70 000 Schlafdecken produzieren.

### HALLE

**Frauen müssen demonstrieren.** Etwa 300 Frauen des volkseigenen Betriebs in Ammendorf wurden mit ihren Kindern nach Halle transportiert, wo sie für den Abschluß eines Friedensvertrages zu demonstrieren hatten. Fähnchen, Luftballons und Transparente gab es kostenlos. Aus den Universitätskliniken, von der Reichsbahn und von der Post marschierten Frauen in ihrer Dienstkleidung zur Demonstration.

**Händel-Ehrung für Jugendliche-Teilnehmer.** Der Lektor für Musik am Pädagogischen Institut in Kröllwitz, Mitglied der Fachkommission Musik im Pädagogischen Kreiskabinett

der Stadt Halle, erklärte zur Händel-Ehrung: „Wenn es uns gelingt, die Jugend und die Masse der Werktätigen in breiter Form für den Genius Händel zu begeistern, das Verständnis für seine kraftvoll gesunde Musik zu vermitteln, die emotionalen und charakterlichen Wertes seiner Instrumentalmusik, seiner Opern und Oratorien zu erschließen, werden wir am besten die Hoffnung erfüllen, die unsere Regierung als Ziel der großartig angelegten Händel-Ehrung 1959, die in die Gedenktage der Weltfriedensbewegung mit aufgenommen ist, gestellt hat.“

**Ausscheide für Amateurtänzer.** Die besten Gesellschaftstanzpaare tanzten im „Hofjäger“ zur Vorbereitung der VII. Weltfestspiele in Wien.

### LEIPZIG

**„Tag der Volksarmee.“** Einem Artillerie-Regiment wurde die Truppenfahne verliehen. Die Soldaten mußten sich zum Kampf gegen den Imperialismus verpflichten. Im Bericht über einen Appell der Truppeneinheiten des Standorts Leipzig heißt es in der „Leipziger Volkszeitung“: „Mutter und Vater Frenzel, eine Bäckerfamilie, haben den weiten Weg von Auerswalde nach Leipzig nicht gescheut. Sie sind gekommen, um zu sehen, wie ihr Sohn als Soldat lebt. ‚Ja,‘ meint Vater Frenzel, ‚das hier ist gar kein Vergleich zu früher. Hier gibt es keine Versklavung, hier fühlen sich die Jungen wohl.“

**15. Gewandhauskonzert.** Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt dazu in ihrer Kritik: „Mit seinem Werk ‚Salomo‘ sprach Händel ebenso die Gedanken des Volkes aus wie mit den großen Freiheitsoratorien. Er sprach Wünsche und Sehnsüchte aus, die freilich von den tatsächlichen Machthabern nur allzuoft mit Füßen getreten wurden und erst in unserer Gesellschaft Erfüllung finden.“ Händel habe um die Befreiung seines Volkes gekämpft, ein Thema, das heute aktueller denn je sei, wo der Imperialismus die Welt wieder bedrohe,

# Brandt ging nicht zu Chruschtschow

Sowjetische Anregung abgelehnt — Ollenhauer in der Sowjet-Botschaft

Berlin (Eigenbericht). Das Zentrum der politischen Aktivität in der Berlin-Frage hat sich nach Berlin verlagert. Wenige Stunden, nachdem der SPD-Vorsitzende Ollenhauer in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden ein längeres Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow hatte, lehnte der Regierende Bürgermeister Brandt eine an ihn herangetragene sowjetische Anregung ab, ebenfalls zu einem Gespräch mit Chruschtschow nach Ostberlin zu kommen. Chruschtschow selbst trug am Montagabend eine veränderte Version der sowjetischen Berlin-Vorschläge vor, die es den Westmächten oder neutralen Staaten gestatten würde, auch in einer „Freien Stadt Westberlin“ ein „Minimum an Truppen“ zu unterhalten.

Im Rathaus Schöneberg wurde der sowjetische Vorschlag, der Regierende Bürgermeister solle zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow in die sowjetische Botschaft am Dienstagvormittag kommen, bis in die späten Abendstunden beraten. Schließlich wurde der Inhalt eines Antwortschreibens bekannt, das der Protokollchef des Senats der Sowjetbotschaft übermittelte. Darin heißt es: „Die Bereitschaft des Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow zu Gesprächen mit dem Regierenden Bürgermeister hat dieser und der Senat von Berlin mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wenn es in der durch den sowjetischen Protokollchef übermittelten Nachricht heißt, es seien „Wünsche auf ein Zusammentreffen zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow und dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt geäußert worden“, so sei hierzu festgestellt, daß solche Wünsche nicht vom Senat von Berlin ausgegangen sind. Dies konnte schon darum nicht der Fall sein, da Besprechungen mit jener Macht, die den Status von Berlin einseitig zu verändern beabsichtigt, nicht Sache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin sind. Derartige Besprechungen können vielmehr nur von den Mächten geführt werden, in deren Händen nach den bestehenden Vereinbarungen die entscheidende Verantwortung für Berlin liegt.“

## „Zu meinem Bedauern“

In dem Schreiben an die sowjetische Botschaft wird darauf

hingewiesen, daß sich der Regierende Bürgermeister zu seinem Bedauern deshalb nicht in der Lage sehe, „die ihm kurzfristig zugegangene Anregung zu einer Besprechung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow zu folgen“. Selbstverständlich werde der Regierende Bürgermeister jedoch im Rahmen der Verhandlungen zwischen den verantwortlichen Mächten sich zu Berlin betreffenden Fragen beratend zur Verfügung halten, falls eine entsprechende Aufforderung ergehe.

Ergänzend erklärte Brandt vor Pressevertretern, es sei nach den neuen Beschimpfungen Ulbrichts am Montag „verlockend“ gewesen, dem sowjetischen Partei- und Regierungschef unmittelbar klarzulegen, wo Berlin in dieser Krise stehe.

## Angriffe Ulbrichts

Noch während der Senat den sowjetischen Vorschlag beriet, richtete Ulbricht in Ostberlin heftige Angriffe gegen Brandt. Brandt hätte lieber für 20 Pfennig nach Ostberlin fahren sollen, als auf seiner Weltreise Hunderttausende von Mark zu vergeuden. Es sei an der Zeit, daß Brandt vom SPD-Vorstand „zur Ordnung gerufen“ werde.

Wie verlautet, haben alle drei politischen Berater der westlichen alliierten Kommandanten, vor allem aber der Berater des amerikanischen Kommandanten, nach Rücksprachen mit ihren vorgesetzten Stellen gegen eine Annahme der Einladung plädiert. Auch wiederholte Rücksprachen mit Bonn und beson-

ders mit dem Bundesaußenministerium sollen, wie im Rathaus bekannt wurde, keine konkrete Befürwortung eines Treffens ergeben haben. Bundeskanzler Adenauer hat, wie verlautet, Brandt die Entscheidung freigestellt.

## Nur verlesen

Wie das SPD-Vorstandsmitglied Mattick meinte, habe „keine korrekte Einladung“ von seiten des sowjetischen Regierungschefs vorgelegen. Der Protokollchef der Sowjetbotschaft in Ostberlin sei zum Senatsprotokollchef gekommen und habe ihm ein Schreiben verlesen. Darin hieß es dem Sinne nach, dem sowjetischen Ministerpräsidenten sei zu Ohren gekommen, daß der Regierende Bürgermeister den Wunsch zu einer Unterredung habe. Chruschtschow stehe für eine solche Unterredung zur Verfügung.

Nach Mitteilung des Senatsprotokollchefs Dr. Klein ist die Antwort Brandts in der Sowjetbotschaft dem dortigen Protokollchef ebenfalls nur vorgelesen worden. Klein habe, wie verlautet, die „gleiche protokollarische Form“ gewahrt.

## „Falken“ gegen SPD

Ulm (dpa). Die sozialistische Jugendorganisation „Falken“ hat sich in einer Entschließung von dem Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion vom 14. Oktober 1958 distanziert, der den Eintritt von SPD-Mitgliedern in die Bundeswehr befürwortete. Das Vertrauen, vor allem der Jugend, zur SPD sei durch diesen Beschluß erschüttert worden, heißt es in der Entschließung. Die „Falken“ erwarteten deshalb von der SPD, daß sie diesen „verhängnisvollen Beschluß“ rückgängig mache. Die Forderung der sozialistischen Jugend laute nach wie vor: „Weder Bundeswehr noch Volksarmee, weder Wehrpflicht noch Berufarmee, sondern ein wiedervereinigtes Deutschland.“

## Unter den Linden

DT. Wir möchten sehr schnell erfahren, worin die Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die sich durch Ollenhauers Gespräch mit Chruschtschow in der Berliner sowjetischen Botschaft Unter den Linden gezogen haben. Der Vorsitzende der SPD hat für diese ungewöhnliche Begegnung, die aus vielen Gründen die Öffentlichkeit bewegt, auch in den Erläuterungen auf seiner Berliner Pressekonferenz nicht viel mehr als das knappe Kommuniké zu bieten gehabt. Dieses Kommuniké aber ist unbefriedigend; denn als die Punkte, über die Ollenhauer mit Chruschtschow gesprochen hat, nennt es „die Probleme eines Friedensvertrages, den Status von Westberlin, die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin und Fragen der europäischen Sicherheit“. Sollte man auch keinen übertriebenen Wert auf Formulierungen legen, die am Ende von politischen Gesprächen abgefaßt werden, so sind wir doch schockiert darüber, daß die sowjetische Vokabel von der „Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin“ in diesem Resumé als Besprechungsgegenstand auftauchen kann, die Frage der Wiedervereinigung aber in ihm überhaupt nicht erwähnt wird.

Man mag die Discretion achten, die Ollenhauer über sein Zwei-Stunden-Rendezvous mit Chruschtschow breitete; er will die politischen Erkenntnisse, die wir bis jetzt den Gesprächen des sozialdemokratischen Parteiführers mit dem kommunistischen Parteichef der Sowjetunion nicht entnehmen können, der Bundesregierung oder mindestens dem Bundesaußenminister übermitteln. Wenn dies geschehen ist, werden wir uns hoffentlich der Zweifel erwehren können, die wir über den Nutzen dieses Gespräches an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt haben mußten. Chruschtschow hat Ollenhauer eingeladen. Erst nachträglich, aber sehr spät, erfuhr man, daß diese Einladung schon fast acht Tage zurückliegt.

Daß sich Chruschtschow in der Bundesrepublik den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen

Partei zum Gesprächspartner wünschte, kann man — nach allem, was der sowjetische Ministerpräsident seit dem Besuch Macmillans in Moskau an Verbindlichkeiten und Drohungen ausgesprochen hat — nur als den Versuch ansehen, mit einer deutschen Seite ins Gespräch zu kommen, bei der er — grundlos oder nicht — weiche Stellen abzutasten hoffte. Die Bundesregierung, die Ollenhauer von Chruschtschows Wunsch unterrichtet hatte, konnte dem SPD-Chef nur Glück dafür wünschen, daß bei solcher Unterredung dem sowjetischen Regierungschef wirklich die klare Meinung der Deutschen über Berlin und die Wiedervereinigung gesagt werden könne.

Ollenhauer ist von Chruschtschow mit dem Eindruck zurückgekehrt, die Sowjets wollten über jeden Punkt, über den man verschiedener Meinung sei, verhandeln. Der SPD-Vorsitzende sieht Chancen. Das ist

vortrefflich. Aber offensichtlich haben ihm der Gesprächsumfang und die Zusammensetzung der Gesprächsrunde keine Gelegenheit gegeben, jeße gemeinsame Politik des Westens, die auf das Deutschland-Thema der Wiedervereinigung als eines der wichtigsten Verhandlungsthemen von morgen zielen muß, mit Nachdruck einzugehen. Erkundungen darüber, was der mutmaßliche sowjetische Verhandlungspartner wirklich denkt, sind nützlich. Aber es kann mißlich sein, wenn eine solche Erkundung im Namen und mit der Perspektive einer bestimmten Parteimeinung betrieben wird.

Darum hoffen wir, daß Ollenhauer anders, als es die dürftige Auskunft des Kommunikés besagt, Chruschtschow davon überzeugt hat, daß er in Sachen Berlin und Deutschland auf eine einhellige deutsche Meinung und nicht auf Parteimeinungen trifft.

## „Schützengraben der freien Welt“

Fortsetzung von Seite 4

gen Bundesdeutschlands erreicht haben (zweiundeinhalbmal über dem Vorkriegsstand), weil der Start in Berlin mit einer großen Verspätung einsetzte, so liegen sie doch bereits anderthalbmal über dem Stand von 1936. „Der Krieg hatte uns alles vernichtet, und die paar Maschinen, die noch übriggeblieben waren, wurden von den Russen abtransportiert“, sagte mir der Direktor einer großen Gesellschaft der Elektroindustrie, „doch zum Glück waren die Techniker und Facharbeiter dem Tode entgangen: mit etwas Marshallplan-Geldern und einem hartnäckigen Willen zum Wiederaufbau haben wir neu von vorne angefangen, und heute stehen wir in unserem Fachgebiet am zweiten Platz in der Welt.“

Die stärkste innere Bewegung spürt man jedoch, wenn man in Berlin ist, nicht angesichts der Autobahn oder der kühnen Kongreßhalle, sondern im Flüchtlingslager Marienfelde, wo die Bürger aus der Sowjetzone aufgenommen und weitergeleitet werden, die täglich die Grenzen überschreiten, um in

der Bundesrepublik Zuflucht zu suchen. Zur Zeit liegt der Tagesdurchschnitt bei dreihundert Flüchtlingen. Der Kontakt mit diesen lebendigen Zeugen der Niedertracht der roten Diktatur spricht unmittelbar für sich selbst. Es sind Arbeiter, Bauern, kleine Kaufleute, Freiberufler, Studenten. Alle waren sie an die Grenze des Ertragbaren in einem Regime gelangt, in dem die politische Polizei und die Einheitspartei nach Gutdünken über das Geschick der Menschen verfügten.

## „Teufelische Perfektion“

Wenn ich nicht fürchtete, Familienangehörigen Schaden zuzufügen, die noch in der „Volkszone“ geblieben sind, würde ich ein paar typische Fälle erzählen. Es genügt zu sagen, daß die Gesetze äußerst hart sind und daß neben den Gesetzen alle Druckmittel gebraucht werden, um alle, die nicht das Regime unterstützen, zu Boden zu zwingen: vom Bankkredit bis zur Gendarmarie, von der Lebensmittelverteilung bis zur Arbeitsverteilung: alles vollzieht sich nach einem politischen Plan, der von teuflischer Perfektion ist.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: In freundschaftlicher Atmosphäre verlief das zwei-  
stündige Gespräch, das der SPD-Vorsitzende Ollenhauer in der sowjetischen Botschaft  
Unter den Linden mit Ministerpräsident Chruschtschow hatte. — Unten: Wenig beein-  
drückt vom Chruschtschow-Besuch zeigen sich diese Frauen in Leipzig. Der Frühjahrs-  
Plausch ist ihnen wichtiger.

